

## *Kolumbien-aktuell*

No. 431 /18. Juni 2006

### **1.Menschenrechte: Von der Verneinung zur Herausforderung der Wiedergutmachung**

### **2.Soziale Bewegungen: Gewerkschaften der Paramilitärs?**

*Leitungsequipe:*

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

*Direktion:*

Natalia Rey

*Redaktionsequipe:*

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camilo Tamayo

*Gestaltung der Website:*

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinep.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinep.org.co)

*Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: [askluzern@datacomm.ch](mailto:askluzern@datacomm.ch); Internet: [www.kolumbien-aktuell.ch](http://www.kolumbien-aktuell.ch)

### **1.Menschenrechte:**

#### **Von der Verneinung zur Herausforderung der Wiedergutmachung**

*Dieser Artikel zeigt die wichtigsten Aspekte des Jahresberichtes von CODHES über die Vertreibungen im Jahr 2005 auf. Auffällig sind die hohen Zahlen massiver Vertreibungen während der letztes vier Jahre und der dadurch aufgeworfenen Herausforderungen im Bereich der Politik, den Bedürfnissen der Gemeinschaften und den Rechten in Bezug auf die Übergangsjustiz.*

*Von Marco Alberto Romero, Präsident von CODHES und Professor an der Nationaluniversität*

Kolumbien weist die schwerste humanitäre Krise auf dem amerikanischen Kontinent auf und ist nach dem Sudan und Kongo weltweit das Land mit der drittgrössten Anzahl von gewaltsam Vertriebenen. Nach CODHES wurden im Jahr 2005 aus Gründen der Gewalt 310'387 Menschen in Kolumbien vertrieben. Dies bedeutet eine Zunahme um 8% im Vergleich zu 2004, als 287'581 Menschen vertrieben wurden. Die Vertriebenen flohen in 754 der insgesamt 1121 Gemeinden des Landes und in 31 der 32 Departemente, dies heisst, dass 67% der Gemeinden zu Aufnahmeorten von Flüchtlingen wurden. Diese Zahlen bestätigen die strukturelle Kontinuität der Vertreibungen, dies trotz der Politik der demokratischen Sicherheit der Regierung Uribe. Seit Regierungsantritt von Uribe am 7. August 2002 bis zum 31. Dezember 2005 sind 1'011'270 Menschen aus Gründen des

bewaffneten Konfliktes vertrieben worden. Die offiziellen Zahlen zeigen trotz ihres provisorischen Charakters eine ähnliche Tendenz; sie anerkennen 746'689 Vertriebene im gleichen Zeitraum. Dabei muss mit berücksichtigt werden, dass es traditionelle Probleme durch fehlende wie auch durch zurückgewiesene Anzeigen gibt, die rund 30% ausmachen. Im Bericht von CODHES werden mehr als 3 Mio. Vertriebene während der letzten 20 Jahre in Kolumbien registriert.

Wie in den Vorjahren sind auch im Jahr 2005 die meisten Vertriebenen in die grossen Städte und ihre Umgebung geflüchtet. Die 50 grössten Städte nahmen 241'956 Vertriebene auf, das entspricht 78% aller Vertriebenen. Zu diesen Orten gehören 25 Departementshauptstädte, Bogotá und 14 mittlere Städte in den Departementen Antioquia, Bolivar, Caldas, Cauca, Chocó, Cordoba, Cundinamarca, Meta, Nariño, Putumayo, Santander, Sucre und Valle. Obwohl sich die Vertriebenen in den grossen Städten konzentrieren, sind die Folgen der Vertreibungen im geografischen Sinne komplex und betreffen auch mittelgrosse Städte und die städtischen und ländlichen Gebiete von Gemeinden, die zum Einflussgebiet von Regionen gehören, wo die humanitäre Krise zur gewaltsamen Vertreibung der Bevölkerung führt.

Im Jahr 2005 hielt die zunehmende Tendenz von Massenvertreibungen in verschiedenen Regionen an. Mindestens 70 Massenfluchten wurden verzeichnet, die sich in 20 der 32 Departemente ereigneten und insgesamt 38'878 Personen umfassten, was 13% aller Vertriebenen entspricht. Die Massenfluchten zeigen die schwersten Folgen des Konfliktes und der Kriegswirtschaft auf, wie auch der Neustrukturierung der Kontrolle über die Ressourcen in den Territorien.

Die vergleichende Untersuchung von Vertreibungen und den offiziellen Einwohnerstatistiken zeigt genauer auf, in welchen Regionen sich sowohl Vertreibungen wie Aufnahme konzentrieren. Dieser Vergleich zeigt die Reproduktion von schwierigsten Sicherheitsbedingungen in den Regionen auf, welche der Dynamik der bewaffneten Konfrontation unterworfen sind. Dies widerspricht dem offiziellen Diskurs, dass eine grössere Militärpräsenz mehr Sicherheit bewirke. Diese offizielle Aussage stimmt für einige Regionen und insbesondere für die städtischen Zentren. Doch die meisten Vertreibungen geschehen in einem regionalen Kontext, in dem es eine sehr starke Präsenz von Armee und bewaffneten Gruppen gibt, deren Zusammenstösse die minimalsten Garantien der Menschenrechte untergraben, da diese Regionen zu Operationsgebieten geworden sind, wo die Kriegsstrategien volle Anwendung finden. Die 50 Gemeinden, welche am meisten Vertriebene aufnahmen, befinden sich in den folgenden Departementen: Meta (9), Chocó (5), Nariño (5), Antioquia (4), Cauca (4), Guajira (3), Caquetá, Cordoba, Putumayo, Sucre und Vaupes mit je 2 Gemeinden und Bolivar, Boyacá, Caldas, Casanare, Cesar, Guainia, Guaviare, Magdalena und Norte de Santander mit je einer Gemeinde.

Im Bereich der Politik geschahen im Jahr 2005 wichtige Fortschritte, doch tauchten gleichzeitig auch neue Fragen über die Gangbarkeit der Politik der Hilfe an die Vertriebenen auf, wie auch über die Perspektiven ihrer Rechte auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung im Kontext des Gesetzes 975 von 2005.

So fand die Anhörung des Verfassungsgerichtes statt, um über die Umsetzung des Urteils T 025 von 2004 zu berichten. In diesem Urteil hatte das Verfassungsgericht von einem *verfassungswidrigen Zustand* gesprochen, einer Situation der massiven, generalisierten und systematischen Verleugnung der Rechte der Vertriebenen, dies aufgrund der andauernden Gewalt und insbesondere einer fehlenden strukturellen Antwort des Staates durch finanzielle und institutionelle Hilfe. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes hat die Regierung die Verpflichtungen des Urteils von 2004 in hohem Grad nicht erfüllt, weshalb es neue Anordnungen und neue Fristen setzte. Die Verantwortlichkeiten der einzelnen Funktionäre wurden vom Gericht individualisiert und es kündigte selbst Gefängnisstrafen im Falle der Nichterfüllung an. Die

Regierung reagierte darauf mit dem Erlass des Dokumentes CONPES No. 3400 von 2005, in dem ein Paket von Investitionen in der Höhe von 5,2 Billionen Pesos für den Zeitraum von 2005 - 2010 angekündigt wird.

Es gilt die Bedeutung dieses CONPES-Dokumentes anzuerkennen, denn es ist Teil des Rechtsprozesses, welcher eine Antwort auf viele individuelle Verfassungsbeschwerden ist. Doch die Finanzen für diese Politik sind nicht gesichert, denn es wird auf mögliche Aussenverschuldung hingewiesen, oder auf mögliche Mittel durch Beschlagnahmungen oder aufgrund der Anwendung des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden, auf Mittel der Regional Kooperation, Finanzmassnahmen oder Mittel aus der internationalen Zusammenarbeit. Gleichzeitig wurde eine neue Steuerreform angekündigt, welches wiederum die Gewinnsteuer senkt und die Mehrwertsteuer erhöht, statt dass Massnahmen getroffen werden, welche die Einkommenskonzentration bekämpfen. Zudem kreist die offizielle Politik rund um die traditionellen Instrumente, welche die Kosten auf die arme Bevölkerung und selbst auf die Opfer abwälzt.

Das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden gründet auf einem Modell einer grossen Bevorteilung der paramilitärischen Verbände, sieht aber keine Mechanismen vor, welche die Rechte der Opfer auf Wahrheit und umfassende Wiedergutmachung garantieren. Die Nationale Kommission für Versöhnung und Wiedergutmachung kündigte in einem ersten Moment an, dass die Vertriebenen nicht als Opfer zu betrachten seien, dies aufgrund der zu erwartenden Kosten. Doch die Dekrete zur Reglementierung des Gesetzes 975 von 2005 und das Urteil des Verfassungsgerichtes zielen darauf ab, die Vertriebenen mit in das Gesetz einzuschliessen. Erneut werden jedoch Argumente wie das Haushaltsdefizit vorgebracht, ohne dass dabei die Verluste in Betracht gezogen werden, welche die Vertriebenen erlitten haben und ohne ernsthaft die Gangbarkeit von Entwicklungspolitiken zu prüfen, um die Herausforderungen der Wiedergutmachung mit kreativen Formen einer Sozialreform und der wirtschaftlichen Erholung zu verbinden, wie es heute in ganz Lateinamerika versucht wird. Was letztendlich auf dem Spiel steht, ist die Bedeutung des Nationalen und die soziale Nachhaltigkeit des Friedens.

In diesem Kontext schlägt CODHES drei konkrete Aktionen vor: 1. Einführung einer progressiven Besteuerung um eine Umverteilung zu erreichen und so die öffentlichen Anstrengungen mit Mitteln derjenigen Kreise zu finanzieren, welche in den letzten 10 Jahren von der Einkommenskonzentration profitiert haben. 2. Vorantreiben der Wiedergutmachungsprozesse auf der Grundlage der Rückerstattung durch die von den illegalen Gruppen und dem Drogenhandel geraubten Güter und einer Intervention des traditionellen Grossgrundbesitzes, um die Bauern mit nachhaltigen Produktionssystemen auszustatten. 3. Die Umwandlung der politischen Instrumente, die auf der Kofinanzierung mit der humanitären Hilfe beruhen, durch die Opfer selber. Es ist klar, dass es im kolumbianischen Kontext völlig unmöglich ist, Wiedergutmachung und wirkliche Solidarität zu entwickeln, wenn nicht eine Strategie der Reichtumsumverteilung entwickelt wird.

## **2. Soziale Bewegungen: Gewerkschaften der Paramilitärs?**

*Wie arbeiten die Gewerkschaften unter paramilitärischer Vorherrschaft? Diese drängende Frage wollen wir mit den LeserInnen von Kolumbien-aktuell teilen.*

*Von Alvaro Delgado, Forscher am CINEP*

In Regionen wie dem Magdalena Medio wählten die Paramilitärs den schnellsten Weg: Ausrottung der Gewerkschaftsführer, welche sich ihren Befehlen nicht unterordneten, Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisation und Einführung von Arbeitsbedingungen nach dem Wunsch der Unternehmer: Die Anstellung von Arbeitskräften über Arbeitskooperativen. Die Gewerkschaften

selber wurden eingeladen, Teilhaber solcher Kooperativen zu sein und den gewerkschaftlichen Zauber zu vergessen. Auf diese Weise wurden die Erfolge von Arbeits- und politischen Kämpfen der Ölpalmarbeiter rückgängig gemacht. Doch im wichtigsten Bananenanbaugebiet des Landes, in Urabá, geschah etwas anderes. Die siegreichen Paramilitärs, welche die FARC aus Schlüsselpositionen vertreiben konnten, begünstigt durch das damit verbundene wirtschaftliche Desaster wie auch das Desaster in der Gewerkschaft der BananenarbeiterInnen - diese wurde dem grössten je von einer Gewerkschaft in Kolumbien erlittenen Martyrium unterworfen - wählten die Paramilitärs hier den Weg, die Gewerkschaften am Leben zu lassen. Diese Gewerkschaften waren dann unter der Leitung des EPL (A.d.Ü. ehemalige Guerilla, welche sich teilweise in den 90er Jahren demobilisierte und die politische Bewegung Esperanza, Paz y Libertad - ebenfalls EPL - gründete). Die EPL wurde von einem Gewalt fördernden Faktor zu einer Vertreterin, welche für die Einstellung des Krieges und die Wiedereingliederung ins Zivilleben plädierte. Diesen Wiedereingegliederten kommt das Verdienst zu, die völlige Auslöschung der Volksorganisationen in Urabá verhindert zu haben.

Darum kann man heute in Urabá überhaupt von Gewerkschaften sprechen. Doch mit diesem Paradox: Während in den Regionen des Südens Kolumbiens, welche von der FARC kontrolliert werden, die meisten Landarbeitergewerkschaften ihr Wirken einstellen und von der Bildfläche verschwanden, sind die Gewerkschaften in Urabá und dem früheren Bananenanbaugebiet in Santa Marta, beide unter der strikten Kontrolle der Paramilitärs, weiterhin aktiv und geben selbst die Möglichkeit für politische Dissidenz. In diesen Regionen hat die Gewerkschaft der LandarbeiterInnen (Sintrainagro) ihren Sitz, deren grösster Zweig durch die BananenarbeiterInnen gebildet wird. In diesen Gebieten gibt es ein Phänomen des politischen Überlebens, das zu kennen sich lohnt.

Wir meinen damit die Anstrengungen der ArbeiterInnen, dazu beizutragen, den Bananenbau aufrecht zu erhalten oder gar auszuweiten, dies bei einem ungleichen internationalen Wettbewerb und bei verschlechterten Arbeitsbedingungen der multinationalen Gesellschaften. Die verschlechterten Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen betreffen die gesamte Bananenproduktion in Lateinamerika. Im Januar 2005 fand in Apartadó ein von Sintrainagro einberufenes Forum statt. An diesem Forum wurden die Probleme aufgrund des gefallenen Dollarkurses und der Erhöhung der Einfuhrzölle für Bananen aus Lateinamerika durch die Europäische Union diskutiert. Mehr als 3000 ArbeiterInnen der Region nahmen daran teil. Das Treffen fand in einem Park unter den Augen der Öffentlichkeit statt. Dabei präsentierte die Gewerkschaft Sintrainagro der nationalen Regierung ein *regionales Abkommen zur Rettung der Bananenindustrie*. Mit diesem Abkommen sollen neue Massenentlassungen und die Schliessung von Bananenproduktionsunternehmen verhindert werden. Die Vereinigung der Bananenproduzenten Kolumbiens AUGURA reagierte auf dieses Abkommen mit dem Vorschlag, die ArbeiterInnen sollten, wenn sie wirklich die Rettung der Bananenproduktion anstrebten, auf ihre Forderungen verzichten.

Die 17'600 BananenarbeiterInnen der 320 Bananenproduktionsbetriebe der Region mussten auf März 2006 einen neuen Vorschlag für den Gesamtarbeitsvertrag vorlegen. Doch AUGURA kam ihnen zuvor und legte am 17. Februar 06 einen Vorschlag vor, welcher folgende Punkte beinhaltete: Keine Lohnerhöhung, Abschaffung der Produktions-Zuschüsse, Einfrierung der Beiträge an den Wohnbaufonds und Überarbeitung der Einheitspreise für verschiedene Arbeiten. Dies alles inmitten der Ankündigung neuer Produktionsschliessungen.

Die ArbeiterInnen verlangten von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO die Überwachung der Verhandlungen des Gesamtarbeitsvertrages und veröffentlichten wichtige Daten: AUGURA besitzt Bananenplantagen in der Region Urabá und in den Departementen Magdalena, La Guajira, Cundinamarca, Quindio und Risaralda. Im Jahr 2005 exportierten die Unternehmen in Urabá

16,26% mehr an Volumen und 23,11% mehr an Wert als im Jahr 2004. Im gleichen Zeitraum stieg der Anbau um 980 Hektaren und die Produktion um 29,11%. 42% der Sonderarbeiter - diese arbeiten nur an den Tagen, an denen Bananen geerntet und verpackt werden - verdienen nicht den vereinbarten Minimallohn. Die europäischen KonsumentInnen bezahlen 10 Dollar pro Kilo Bananen, die kolumbianischen Vermarktungsfirmen zahlen nur 3,90 Dollar pro Kiste an 20 kg. Zudem erhalten die Vermarktungsfirmen seit drei Jahren staatliche Zuschüsse, um die Folgen des Wertanstiegs des kolumbianischen Peso abzuschwächen.

Nach über 50 Verhandlungstagen und am Rande eines Streiks, für den die überwiegende Mehrheit der BananenarbeiterInnen gestimmt hatte, wurde ein neuer Gesamtarbeitsvertrag erreicht. Dieser gilt für drei Jahre und trat am 1. April 2006 in Kraft. Er sieht eine Lohnerhöhung um 6,5% in diesem Jahr, weitere Lohnerhöhungen für die folgenden Jahre und die Erhöhung der Fonds für Soziales, Bildung, Kultur und Sport vor.

Wie war das möglich? Die Gewerkschaft weist eine hohe interne Geschlossenheit auf und kann auf die soziale Unterstützung des Umfelds zählen, wo wie es in den 60er Jahren die in vielen Teilen Kolumbiens von den Kommunisten orientierten Gewerkschaften tun konnten. Durch die Unterstützung der Bürgermeister der fünf wichtigsten Gemeinden Urabás, welche in den Händen von EPL-Bürgermeistern sind, wurde Sintrainagro zu einer angesehenen sozialen Organisation der Region. Sintrainagro beteiligt sich an Projekten von selbstverwalteten Unternehmen der Kooperative Confiar und der Stiftung Confiar von Medellín. Sintrainagro verwaltet selbständig ein Gesundheitsunternehmen, eine Papeterie und ein Baumaterialunternehmen, welches sich auf die Produktion von Bodenplatten abstützt. Die Finanzinstitute von Sintrainagro haben das Ziel, den Kleinunternehmen Kredite zu ermöglichen. Die Gewerkschaft leitet auch einen Wohnbaufonds und eine Schule für die ArbeiterInnen. Sintrainagro ist zu 50% an der Finanzierung des Gesundheitsunternehmens Salud Darién beteiligt, die restlichen 50% liegen bei Sol Salud von Bucaramanga und anderen Firmen. Die Kunden dieses Gesundheitsunternehmens sind die 17'000 BananenarbeiterInnen. Sintrainagro hat auch einen Vertrag mit dem staatlichen Amt für Statistik DANE, um die Lebenshaltungskosten in Apartadó, Chigorodó, Carepa und Turbo zu studieren. Damit verhindert die Gewerkschaft, dass AUGURA anführen kann, ihre Forderungen seien unhaltbar.

Mittels des staatlichen Berufsbildungsinstituts SENA nimmt Sintrainagro an verschiedenen Programmen teil zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Urabás. Dies wurde auch an der 5. Messe für Gelerntes deutlich, welche Mitte Mai in Apartadó stattfand und an der 60 Vorschläge von regionalen Produzenten gezeigt wurden. Für den SENA ist Sintrainagro eine vorbildliche Gewerkschaft, welche verschiedene soziale Projekte gemeinsam mit dem SENA in der Region durchgeführt hat und bereit ist, neue Beiträge zu erhalten, um den demobilisierten jungen Paramilitärs Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Auf internationaler Ebene ist Sintrainagro das gehätschelte Kind der mächtigen Internationalen Arbeitsorganisation der Ernährungsindustrie UITA, welche von der lateinamerikanischen Linken als Verbündete grosser Firmen (z.B. Coca Cola) angeprangert wird.

In der Bananenarbeitergewerkschaft scheinen sogar neue politische Winde zu wehen. Die Unternehmer haben nicht erreichen können, die Kontroverse zwischen Kapital und Arbeit zu eliminieren und auch unter den BananengewerkschaftlerInnen wird die heute auf weltweiter Ebene vorherrschende Tendenz stärker, sich die sozialen Erfolge und die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Zeit der Globalisierung nicht wegnehmen zu lassen. Ein Hinweis auf diese Tendenz ist auch, dass bei einer Versammlung von Sintrainagro sich diese für die Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten Carlos Gaviria ausgesprochen hatte. Auch die beiden Vertreter von Sintrainagro im Nationalen Gewerkschaftsdachverband CUT votierten für die

Unterstützung von Gaviria.

Klar ist nicht alles rosig. Keine Geschichte ist gradlinig. Bei den Kongresswahlen im März 06 war der jetzige Präsident von Sintrainagro, Guillermo Rivera, ehemaliges Führungsmitglied der CUT und heute erklärter Uribist, Kandidat der Convergencia Ciudadana für einen Sitz im Kongress. Die Convergencia Ciudadana wird von Luis Alberto Gil geleitet, Chef eines Mafianetzwerkes, welches öffentliche Gelder und Stimmen mittels verschiedener NGO's und Gesundheitsunternehmen verschiebt. Gegen Convergencia Ciudadana wird zur Zeit ermittelt. Diese politische Gruppierung wurde auch aus der Partei U und Cambia Radical ausgeschlossen, die beides anerkannte Parteien des Uribismus sind.

In den 80er Jahren war Gil Militanter des M-19 (A.d.Ü. ehemalige, demobilisierte Guerilla) und Präsident der LehrerInnengewerkschaft in Santander. Der *Krumme*, wie Gil genannt wird, ist mit im Gesundheitsgeschäft in Urabá seit das Staatliche Institut für soziale Sicherheit ISS die Region verlassen hat. Seine Verbindung zum Gesundheitsgeschäft hat ihren Ursprung im Kreditfonds für Lehrpersonen, welcher neu geschaffen wurde. Dabei hatten die Führungsleute der LehrerInnengewerkschaft Fecode die verheerende Idee, bei der Gesundheitsversorgung mit Privaten Gesundheitsdienstleistungsunternehmen zusammenzuarbeiten, den berühmt berüchtigten IPS (Institutos de Prestación de Salud). Der demokratische Sektor der Gewerkschaft widersetzte sich mit dem Argument, dass der Staat für die Gesundheitsversorgung verantwortlich ist. Dieser Sektor unterlag jedoch und sofort öffnete sich die Möglichkeit für die Händler und Mischler. Die wichtigste Form ist dabei folgende: Der Interessierte (Gewerkschaftler, Familienangehöriger, Freund, Anwalt, etc. ) geht zu einer IPS und sagt: *Ich biete Ihnen 5000 Kunden an*. Wenn der ehrenwerte Herr der IPS dies akzeptiert, ist die gierige Antwort offensichtlich: *Und welche Bedingungen gelten für mich?* Den Rest der Geschichte kennen alle. Halten Sie sich vor Augen, dass die Lehrpersonen an staatlichen Schulen rund 300'000 Personen ausmachen... Darum gibt es im Leben so viele Schlaue und so wenige Blöde.